

Stadt Hagen · Postfach 4249 · 58042 Hagen

Fachbereich	Öffentliche Sicherheit, Verkehr, Bürgerdienste und Personenstandswesen
Bereich	Ordnungsbehördliche Aufgaben
Anschrift	Böhmerstraße 1, 58095 Hagen
Auskunft erteilt	Herr Bornfelder, Zi.-Nr. 204
Telefon	(02331) 207-4859
Telefax	(02331) 207-2747
E-Mail	ordnungsamt@stadt-hagen.de
Vermittlung	(02331) 207-5000
Internet	www.hagen.de/ordnungsamt

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen, Datum
32/03 - , 13.11.2020

Gemäß § 28 Absatz 1 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten (IfSG) vom 20. Juli 2000, BGBl. I S. 1045, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 10.02.2020, BGBl. I S. 148 in Verbindung mit § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 6. 602) jeweils in der z. Zt. gültigen Fassung erlässt der Oberbürgermeister der Stadt Hagen folgende

Allgemeinverfügung

1. In den nachfolgend genannten Bereichen der Hagerer Innenstadt sind Personen zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung verpflichtet:

Berliner Platz (Bahnhofsvorplatz)

Graf-von-Galen-Ring von Bahnhofstraße bis Martin-Luther-Straße

Bahnhofstraße von Graf-von-Galen-Ring bis Stresemannstraße

Montag bis Samstag in der Zeit von 07.00 – 22.00 Uhr;
sowie an verkaufsoffenen Sonntagen in der Zeit von 12.00 – 19.00 Uhr

und

Fußgängerzone Innenstadt:

- Mittelstraße
- Friedrich-Ebert-Platz
- Elberfelder Straße von Marien- bis Konkordiastraße
- Marienstraße
- Rathauspassage
- Goldbergstraße: von Hoch- bis Elberfelder Straße

Öffnungszeiten:	
Montag	14.30 – 17.00 Uhr
Dienstag	geschlossen
Mittwoch	08.30 – 12.00 Uhr
Donnerstag	14.30 – 17.00 Uhr
Freitag	08.30 – 12.00 Uhr
Samstag	geschlossen
Sonntag	geschlossen

Briefadresse: Postfach 4249, 58042 Hagen
Paketadresse: Rathausstraße 11, 58095 Hagen

Konten der Stadtkasse Hagen:
Sparkasse HagenHerdecke (BLZ 450 500 01)
Kto.-Nr. 100 000 444
IBAN DE 23 4505 0001 0100 0004 44
BIC WELADE 3HXXX
weitere Banken unter www.hagen.de/bankverbindungen

- Kampstraße: von Hochstraße bis Friedrich-Ebert-Platz
- Spinnstraße
- Hohenzollernstraße
- Adolf-Nassau-Platz
- Volkspark
- Körnerstraße von Sparkassen-Karree bis Friedrich-Ebert-Platz
- Badstraße von Friedrich-Ebert-Platz bis Holzmüllerstraße
- Rathausstraße vom Friedrich-Ebert-Platz bis Potthofstraße
- Dahlenkampstraße

Montag bis Samstag in der Zeit von 09.00 – 20.00 Uhr;
sowie an verkaufsoffenen Sonntagen in der Zeit von 12.00 – 19.00 Uhr.

Ausnahmen gelten ausschließlich für folgende Bereiche:

An bereitgestellten Aschenbechern ist das Rauchen gestattet. Außerdem ist der Verzehr von Nahrungsmitteln nur im Stehen oder Sitzen ohne Mund-Nasen-Schutz gestattet.

Die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes gilt nicht für Kinder bis zum Schuleintritt und Personen, die aus medizinischen Gründen keine Mund-Nase-Bedeckung tragen können. Die Gründe sind auf Verlangen durch ein ärztliches Zeugnis nachzuweisen.

2. Für Schülerinnen und Schüler der Klassen 3 und 4 der Primarstufe besteht die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes während des Unterrichts und auch für Zeiten, in denen Angebote der Ganztagsbetreuung wahrgenommen werden. Zusätzlich wird das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes auch für die Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 und 2 dringend empfohlen. Die weiteren Vorschriften der Coronabetreuungsverordnung (Corona-BetrVO) bleiben unberührt.
3. Innerhalb von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen haben erwachsene Personen während des Aufenthaltes in der Einrichtung eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, sofern ein Abstand zu anderen Personen von 1,50 Metern nicht verlässlich eingehalten werden kann.
Dies gilt ausdrücklich auch beim Umgang mit zu betreuenden Kindern.
4. Diese Anordnung ist sofort vollziehbar.
5. Diese Allgemeinverfügung tritt am 14.11.2020 in Kraft und gilt bis zum 30.11.2020. Gleichzeitig tritt die Allgemeinverfügung vom 30.10.2020, öffentlich bekanntgemacht mit Amtsblatt der Stadt Hagen 49/2020 vom 31.10.2020, die ergänzende Allgemeinverfügung zur Allgemeinverfügung vom 30.10.2020 vom 05.11.2020, öffentlich bekanntgemacht mit Amtsblatt der Stadt Hagen 50/2020 vom 06.11.2020 sowie die ergänzende Allgemeinverfügung zur Allgemeinverfügung vom 30.10.2020 vom 06.11.2020, öffentlich bekanntgemacht mit Amtsblatt der Stadt Hagen 51/2020 vom 07.11.2020 außer Kraft.

Rechtsgrundlagen:

- § 28 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045) – IfSG
- §§ 3 Ziffer 8, 16 der Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS CoV-2 (Coronaschutzverordnung - CoronaSchVO) vom 30. Oktober 2020
- § 3 Infektionsschutz- und Befugnisgesetz (ZVO-IfSG) vom 14.04.2020 (GV.NRW. S. 218)
- § 28 Abs. 3 in Verbindung mit § 16 Abs. 8 IfSG

Begründung:

Mit Blick auf die derzeitige Infektionswelle durch das Coronavirus in Deutschland wird durch das Robert-Koch-Institut eine sich deutlich verschärfende Gefährdungslage in Bezug auf die Verbreitung des Virus angenommen. Um das Gesundheitswesen nicht zu überlasten und die erforderlichen Kapazitäten für die Behandlung der Erkrankten, aber auch sonstige Krankheitsfälle bereit zu halten und die erforderliche Zeit für die Entwicklung bislang nicht vorhandener Therapeutika und Impfstoffe zu gewinnen, ist es notwendig, den Eintritt von weiteren SARS-CoV-2-Infektionen zumindest zu verzögern.

Bei SARS-CoV-2 handelt es sich um einen Krankheitserreger im Sinne des § 2 Nr. 1 IfSG. Der Virus wird von Mensch zu Mensch übertragen. Hauptübertragungsweg ist die Tröpfcheninfektion. Dies kann direkt von Mensch zu Mensch über die Schleimhäute der Atemwege geschehen oder auch indirekt über Hände, die dann mit Mund- oder Nasenschleimhaut sowie der Augenbindehaut in Kontakt gebracht werden. Das Risiko einer Ansteckung mit dem COVID-19 Virus ist bei Veranstaltungen mit einer hohen Besucherzahl oder in den Fällen, in denen sich Personen sehr nahe kommen, deutlich erhöht und es besteht die Gefahr, dass sich Infektionen in der weiteren Bevölkerung verbreiten.

Nach der Einschätzung des Robert-Koch-Institutes (RKI) sind zur Bewältigung der aktuellen Weiterverbreitung des COVID-19 Virus „massive Anstrengungen auf allen Ebenen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes erforderlich“. Es wird das Ziel verfolgt, die Infektionen in Deutschland so früh wie möglich zu erkennen und die weitere Ausbreitung des Virus so weit wie möglich zu verzögern. Damit sind gesamtgesellschaftliche Anstrengungen wie die Reduzierung von sozialen Kontakten mit dem Ziel der Vermeidung von Infektionen im privaten, beruflichen und öffentlichen Bereich verbunden. Daraus lässt sich ableiten, dass gerade Veranstaltungen mit hohen Besucherzahlen oder einer besonderen Struktur der zu erwartenden Besucher sowie Begegnungen mit einem hohen Gefährdungspotential, sei es der Struktur der erwarteten Besucher oder der Gegebenheiten unterbleiben müssen. Nur so kann erreicht werden, dass eine Weiterverbreitung der Infektionen mit dem SARS-CoV-2 Virus in der Bevölkerung verhindert wird oder zumindest verlangsamt wird.

Die Stadt Hagen ist als örtliche Ordnungsbehörde für die Anordnung und Durchführung des Infektionsschutzgesetzes für das Ergreifen dieser Maßnahmen zuständig (§ 3 ZVO IfSG).

Gern. § 28 Abs. 1, Satz 1,2 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, oder sich ergibt, dass ein verstorbener Kranker, Krankheitsverdächtiger oder Ausscheider war, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist.

Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 28 Abs. 1, Satz 1 und 2 IfSG sind gegeben. Wie erwähnt sind in Hagen zahlreiche Fälle festgestellt worden, in denen das Coronavirus in Schulen bzw. Kitas, aber auch beim sonstigen Zusammentreffen vieler Menschen verbreitet wurde.

Die getroffenen Anordnungen stellen nach § 28 Abs. 1, Satz 3 Infektionsschutzgesetz (IfSG), wie oben erläutert, eine notwendige Maßnahme zum Schutze der Allgemeinheit vor einer zunehmend unkontrollierbaren Weiterverbreitung der Infektionen mit dem COVID-19 Virus in der Bevölkerung dar und dient einem möglichst weitgehenden Gesundheitsschutz. Die getroffenen Maßnahmen zielen auf die festgestellten Schwerpunkte des Infektionsgeschehens in Hagen.

Insbesondere die angeordnete Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung in den innerstädtischen Fußgängerzonen trägt der Erkenntnis Rechnung, dass Infektionen zunehmend nicht mehr auf ein konkret bestimmbares Zusammentreffen vieler Menschen z.B. bei größeren Feierlichkeiten oder vergleichbaren Großereignissen zurückgeführt werden können, sondern vielmehr anzunehmen ist, dass es in stark frequentierten Bereichen u.a. der Innenstädte zu Ansteckungen gekommen ist.

Bei dem Bereich Berliner Platz, Graf-von-Galen-Ring von Bahnhofstraße bis Martin-Luther-Straße und Bahnhofstraße von Graf-von-Galen-Ring bis Stresemannstraße handelt es sich um einen öffentlichen Raum, der vor allem durch den angrenzenden Hagener Hauptbahnhof sowie den Zentralen Omnibusbahnhof durch starken Pendler- und Besucherverkehr geprägt ist. Die zeitliche Vorgabe war vor diesem Hintergrund wie geschehen festzulegen, um dem Ansteckungs- und Verbreitungsrisiko zum einen durch den Berufsverkehr am Morgen sowie am Abend und zum anderen den Zu- bzw. Abstrom von Besuchern, die mit dem Öffentlichen Personennahverkehr an- bzw. abreisen mit den notwendigen Maßnahmen zum Infektionsschutz entgegenzuwirken.

Gleiches gilt für den Bereich der Fußgängerzone. Bei den hierunter näher festgelegten Straßen handelt es sich um die Haupteinkaufsstraßen der Hagener Innenstadt, welche in den unter 1. definierten Zeiten einer erhöhten Frequentierung ausgesetzt sind.

Für die Sonntage war die Pflicht zum Tragen einer Alltagsmaske lediglich auf die Zeiten verkaufsoffener Sonntage festzulegen, da nur an diesen Sonntagen mit einem so hohen Besucheraufkommen durch den nahen Einzelhandel zu rechnen ist, dass der Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann. Ansonsten kommt es an den übrigen Sonntagen nicht zu Besucherströmen, die geeignet erscheinen, ein erhöhtes Ansteckungs- und Verbreitungsrisiko hervorzurufen.

Die angeordnete Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung während des Unterrichts der Klassen 3 und 4 der Primarstufe sowie bei Angeboten der Ganztagsbetreuung trägt vor allem der Erkenntnis Rechnung, dass Infektionen zunehmend nicht mehr auf ein konkret bestimmbares Zusammentreffen vieler Menschen z.B. bei größeren Feierlichkeiten oder vergleichbaren Großereignissen zurückgeführt werden können, sondern vielmehr anzunehmen ist, dass es in einzelnen Klassenverbänden von Schulklassen mit einer hohen Personendichte zu Ansteckungen gekommen ist.

Die angeordnete Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung innerhalb von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen beim Umgang mit zu betreuenden Kindern trägt im besonderen Maße der Erkenntnis Rechnung, dass Infektionen zunehmend nicht mehr auf ein konkret bestimmbares Zusammentreffen vieler Menschen z.B. bei größeren Feierlichkeiten oder vergleichbaren Großereignissen zurückgeführt werden können, sondern vielmehr anzunehmen ist, dass es auch in einzelnen Gruppen von zu betreuenden Kindern mit einer hohen Personendichte zu Ansteckungen gekommen ist.

Aus diesem Grund wird zusätzlich die dringende Empfehlung gegeben, dass auch die Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 und 2 eine entsprechende Mund-Nasen-Bedeckung tragen.

Unter den mir zur Verfügung stehenden Schutzmaßnahmen, sind die getroffenen Anordnungen die einzig möglichen wirksamen und verhältnismäßigen Schutzmaßnahmen, die zur Verfügung stehen.

Gegenüber dem bei einem Unterbleiben von Maßnahmen zu erwartenden kompletten Shutdown stellen die angeordneten Maßnahmen ein geringeres Maß an Einschränkungen dar, da im Wesentlichen noch sämtliche Bereiche des täglichen Lebens aufrechterhalten und erreichbar bleiben.

Um das Ziel zu erreichen, die Verbreitung des Virus zu verzögern, sehe ich mich daher veranlasst, die oben genannten Maßnahmen zu treffen.

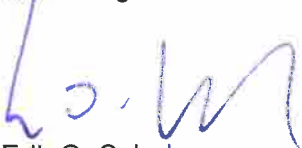
Die Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort Vollziehbar nach § 28 Abs. 3 in Verbindung mit § 16 Abs. 8 IfSG. Die Anfechtungsklage hat keine aufschiebende Wirkung.

Diese Allgemeinverfügung tritt gemäß §41 Abs. 4 Satz 3 und 4 VwVfG NRW am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Klage beim Verwaltungsgericht Arnberg, Jägerstr. 1, 59821 Arnberg, eingereicht werden.

Wird die Klage schriftlich erhoben, sollen ihr zwei Abschriften beigelegt werden. Sollte die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden, so würde dessen Verschulden Ihnen angerechnet werden.



Erik O. Schulz
Oberbürgermeister